



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Verkehrsausschuss	01.12.2009	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Aktionsplan urbane Mobilität der EU-Kommission

Am 30. September 2009 wurde auf einer Pressekonferenz in Brüssel der Aktionsplan „Urbane Mobilität“ der EU-Kommission vom Vizepräsidenten der Verkehrskommission Antonio Tajani vorgestellt. Der Stadt Köln widerfuhr die besondere Ehrung unter 70 Mitgliedsstädten ausgewählt zu werden um an der Pressekonferenz teilzunehmen.

Als Vertreter des Polis-Netzwerkes nahm Mitglied des Rates und damaliger Vorsitzender des Verkehrsausschusses der Stadt Köln, Karsten Möring, teil. Herr Möring begrüßte die Festlegung und Bereitstellung einer Leitlinie für Städte der Europäischen Kommission. Hierbei hob er besonders die Bedeutung der Unterstützung der Aufnahme von nachhaltigen städtischen Mobilitätsplänen hervor.

Karsten Möring stellte in Brüssel das E-mobility Projekt und das Kölner Gesamtverkehrskonzept (GVK) vor. Bei einem abschließenden gemeinsamen Mittagessen hatte er Gelegenheit mit Vize Präsident Antonio Tajani über die geplanten Kölner Projekte zu sprechen und ihn zur Jahreskonferenz des Städtenetzwerkes Polis einzuladen.

Der Aktionsplan „urbane Mobilität“ befasst sich mit Verkehrsströmen in Städten. Es wird Bezug genommen auf allgemeine, ökologische, ökonomische und finanzielle Probleme übergreifend den städtischen Verkehr betreffend, geht aber gezielt auf alltägliche Probleme der Bürger ein, denn in Europas Städten halten 9 von 10 Bürgern die verkehrliche Situation für verbesserungswürdig.

Über 70 Prozent der europäischen Bürger leben in städtischen Gebieten. Hier werden zwar 85 Prozent des Bruttoinlandprodukts erzeugt, es entstehen aber auch die größten Probleme wie Luftverschmutzung, Energieverbrauch, Unfälle und Staus. Diese Situation beeinflusst die Gesamtstrategie der EU in den Bereichen Klimawandel, Förderung des Wirtschaftswachstums und nachhaltige Entwicklung negativ. Die EU-Kommission plant dieser Problematik durch ein breites, 20 Einzelmaßnahmen umfassendes, Paket entgegen zu wirken. Diese basieren auf Vorschlägen, die europaweit auf Grundlage des Grünbuches vom 25. September 2009 gemacht wurden.

Hierzu zählen unter anderem:

- Ausarbeitung einer Reihe freiwilliger Verpflichtungen mit dem ÖPNV, um die Fahrgastrechte im öffentlichen Nahverkehr zu stärken
- Unterstützung für Forschungs- und Demonstrationsprojekte, z. B. in Bezug auf emissionsarme und emissionsfreie Fahrzeuge
- praktische Verbindungen zwischen urbaner Mobilität und bestehenden EU-Maßnahmen in den Bereichen Gesundheits-, Kohäsions- und Behindertenpolitik
- Informationsmaterial, Schulungs- und Werbemaßnahmen, um die Umsetzung der Pläne für eine nachhaltige urbane Mobilität zu beschleunigen
- Verbesserung von Informationssystemen. Hier sind insbesondere die Gruppen der Reisenden und Senioren betroffen.

Außerdem wird die EU-Kommission eine Leitlinie zu wichtigen Aspekten dieser Pläne vorgeben, z. B. innerstädtischer Güterverkehr und intelligente Verkehrssysteme für urbane Mobilität.

In all diesen Punkten sollen keine Standard- oder Top-Down-Lösungen erstellt werden. Sie sollen jedoch ein lokales, regionales und internationales Handeln erleichtern. Außerdem können durch gemeinschaftliche Ansätze Kosten gesenkt werden. So bietet der Leitfaden unter anderem Lösungsansätze zu Finanzierungsfragen. Um den allgemeinen Erfahrungsaustausch zu erleichtern, wird die EU-Kommission eine Datenbank einrichten, über die Informationen zu bereits bewährten Lösungen (best-practice) abgerufen werden können.

Die geplanten Aktionen sollen innerhalb der nächsten 4 Jahre eingeleitet werden. Die EU-Kommission wird im Jahr 2012 die Fortschritte untersuchen und die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen überprüfen.

gez. Streitberger